



öffentlich

Betreff:
Antragstelle Elterngeld

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündis 90/Die Grünen,
FDP/FP

Erstellungsdatum 21.04.2009

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.05.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Anlaufstelle zur Beantragung des Elterngeldes und anderer Leistungen des Jugendamtes so unterzubringen und auszuschildern, dass sie einer besseren Serviceorientierung gerecht wird.

gez. M. Schubert gez. M. Schröder gez. N. Naber gez. M. Engel-Fürstberger
Fraktionsvorsitzender Fraktionsvorsitzender Fraktionsvorsitzender Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt			
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Potsdam ist eine familienfreundliche Stadt mit steigenden Geburtsraten. Die Anlaufstelle ist jedoch im 2. Stock des Containers untergebracht, der über keinen Fahrstuhl verfügt. Antragstellerinnen, die meist mit Kinderwagen kommen, können diese nur schwierig erreichen. Eine Unterbringung im Haupthaus mit Fahrstuhlanbindung wäre sinnvoll und bürgerorientiert.